

INTERNATIONALE POLITIK

FORSCHUNGSINSTITUT
**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Herausgegeben vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Reihe „**Internationale Politik**“ bringt Expertisen und Berichte über Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zu aktuellen Fragen der internationalen Politik. Durch eine Kurzpräsentation der wesentlichen Ergebnisse dieser Veranstaltungen informiert die Reihe über die Hintergründe und Entwicklungen dieser Probleme und versucht, Perspektiven für ihre Lösung aufzuzeigen.

Redaktion:

Michael Domitra (verantwortlich), Günther Esters

Die Reihe „**Internationale Politik**“ erscheint unregelmäßig. Bezug erfolgt unmittelbar durch das Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Entwicklungsländerforschung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2.

© bei Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung,
Abteilung Entwicklungsländerforschung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung
der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Herstellung: Offsetdruckerei Josef Stroucken, Wesselling
Printed in Germany 1984

ISSN 0174-5204-26

INTERNATIONALE POLITIK

FORSCHUNGSINSTITUT
**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Michael Dauderstädt/Winfried Veit

Demokratische Linke und Krise

Ein deutsch-französischer Dialog

Einführung

Eine Zeitungsmeldung vom August 1983: „Während andere Länder ihre Arbeitsplätze stützen, gehen wir voran und tragen die Fahne der freien Marktwirtschaft vor uns her. Das ist eine Politik, die verantwortungslos ist“. Der dies sagte, der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Berthold Keller, vertrat darüberhinaus die Ansicht, daß durch eine Handelspolitik nach dem Motto: „Weg mit allen Schranken, Einfuhr nach Deutschland über alles“, in den letzten 15 Jahren fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie verloren ging. Keller verwies zugleich auf die seiner Meinung nach bemerkenswerten Beispiele Frankreich, wo der Rückgang der Arbeitsplätze in der Textilindustrie zum Stillstand gekommen sei, und Italien, wo die Zahl der Beschäftigten sogar zugenommen habe.

Die Kritik des Gewerkschaftsvorsitzenden reflektiert eine Position, die angesichts der zunehmenden Krisensituation in Europa und der offensichtlichen Unfähigkeit der Regierungen, das zentrale Problem dieser Krise, die Beschäftigungspolitik, zu lösen, an Boden gewinnt. Die demokratische Linke Europas gerät dabei ebenfalls zusehends in einen Diskussionsprozeß über mögliche Alternativen zur gegenwärtig betriebenen Wirtschaftspolitik. Daß dabei deutsche Sozialdemokraten noch immer eine eher „freihändlerische“ Position vertreten, während bei den französischen Sozialisten die Protektionismusdebatte unbefangener verläuft, liegt in der staats- und wirtschaftspolitischen Tradition beider Länder begründet. Aber auch hinsichtlich anderer Aspekte der Krise – neues Wachstumsmodell, nationale Beschäftigungspolitik, Krise des Wohlfahrtsstaates – ist innerhalb der demokratischen Linken beider Länder eine vielfach unterschiedliche Problemsicht festzustellen, die mit den historischen Entwicklungslinien von Staat und Wirtschaft in Deutschland und Frankreich zusammenhängt.

Es erschien deshalb sinnvoll, diese Entwicklungslinien für Frankreich in aller Kürze nachzuzeichnen, um den dieser Broschüre zugrundeliegenden Dialog zwischen französischen und deutschen Wirtschaftsfachleuten, die sich allesamt der demokratischen Linken zugehörig fühlen,

in einen größeren Zusammenhang zu stellen.* Dieser Dialog in Form eines Workshops wurde gemeinsam vom „Institut Socialiste d'Etudes et de Recherches“ (ISER), dem Forschungsinstitut der französischen Sozialisten, und dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung am 4. und 5. Juli 1983 in Paris durchgeführt. Die Ergebnisse sind dabei so komplex wie die Problematik, um die es ging, und daß dabei keine einheitliche Krisenüberwindungsstrategie herauskam, dürfte nur den verwundern, der die wirtschaftspolitische Debatte innerhalb der demokratischen Linken in Europa nicht verfolgt hat. Immerhin waren aber doch bestimmte Annäherungen und sogar Übereinstimmungen in Teilbereichen zu verzeichnen, die in einem Artikel von „Le Monde“ nicht zu Unrecht mit der neuen Situation der einen wie der anderen begründet werden. Mit anderen Worten: Der Regierungsverlust der deutschen Sozialdemokraten und die Machtübernahme der französischen Sozialisten haben einen solchen Annäherungsprozeß gefördert. Daß damit die Krise noch nicht überwunden ist, steht auf einem anderen Blatt, doch dürfte die wechselseitige Kenntnis der jeweiligen Vorstellungen und Strategien langfristig einen Beitrag dazu leisten.

*) Diskutiert wurde ebenfalls – unter Beteiligung auch eines österreichischen Ökonomen – die Situation in anderen europäischen Ländern; im wesentlichen ging es aber bei der Diskussion um Alternativen der sozialdemokratischen und sozialistischen Wirtschaftspolitik in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland.

Inhalt

Einführung	3
A. Staat und Wirtschaft in Frankreich.	7
1. Historische Entwicklungslinien in drei Stichworten: Protektionismus - Nationalisierung - Planung	8
2. Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik	12
3. Die Linke, der Staat und die Wirtschaft	15
B. Die demokratische Linke und die Krise	19
1. Krise ist nicht gleich Krise.	21
2. Die Weltwirtschaft als Ort der Krise	24
3. Nationale Beschäftigungspolitik	27
4. Wehe dem Wohlfahrtsstaat	31
Schluß	35
Teilnehmer	36

A. Staat und Wirtschaft in Frankreich

„L'Etat c'est moi“, konnte Ludwig XIV. mit einigem Recht behaupten. Französischen Präsidenten ist bis heute etwas von dieser Machtfülle geblieben. Die wahren Herren des Staates im Frankreich des 20. Jahrhunderts sind jedoch andere: „L'Etat c'est nous“ könnte man – zugegebenermaßen etwas überspitzt – den Technokraten in Staatsverwaltung und öffentlichen Unternehmen in den Mund legen.

Die Realität sieht – wie immer – differenzierter aus. Sicher ist jedoch, daß in Frankreich der Staat, und damit auch seine „Diener“, schon immer eine unverhältnismäßig große Rolle gespielt haben. Ludwig XIV. verkörperte zwar den Staat, aber dessen materielle Grundlagen schufen und verwalteten andere: Von der gezielten Gewerbeförderung durch Ludwigs „Wirtschaftsminister“ Colbert über die Sozialisierungsvorstellungen der französischen Revolution bis hin zu den Verstaatlichungen von 1981/82 zieht sich wie ein roter Faden eine zwar un stetig verlaufende, aber immer wiederkehrende staatliche Intervention in die Belange von Wirtschaft, Industrie und Handel.

Vergleicht man diese Entwicklung mit der in Deutschland, so treten die Besonderheiten des französischen Systems noch deutlicher zutage. Sicher, auch in Deutschland verbargen sich hinter dem ideologischen Gebäude der liberalen Wirtschaftstheorie handfeste Interessen, die bis heute nur zu oft mit Hilfe des ansonsten viel geschmähten Staates durchzusetzen versucht wurden. Aber während hierzulande dieser Widersprüchlichkeit mit grundsätzlichen Debatten über die „Ordnungspolitik“ zuleibe gerückt wurde, kennen französische Ökonomen nicht einmal eine Entsprechung dieses Begriffs. Den Begriff „Marktwirtschaft“ kennen sie zwar, aber er ist „praktisch ein Fremdwort geblieben“, wie der Pariser Spiegel-Korrespondent Klaus-Peter Schmid anmerkt.

Umgekehrt haben die Deutschen Schwierigkeiten, wenn in wirtschaftswissenschaftlichen Debatten die französische Seite unbefangen mit Begriffen wie Nationalisierung und Planung hantiert. Dies um so mehr, als solche Begriffe nicht nur von linken Ökonomen sondern durchaus auch von Konservativen benutzt oder schlimmer noch: von rechten Regierungen angewandt werden. Und schließlich ist es kein Geheimnis,

daß gerade die französischen Unternehmer schon immer die Intervention des Staates zugunsten ihrer Interessen forderten. Die historischen Entwicklungslinien von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik verliefen in Frankreich also durchaus anders als in Deutschland. Am Beispiel von drei Schlüsselbegriffen sollen diese Entwicklungslinien aufgezeigt werden.

1. Historische Entwicklungslinien in drei Stichworten: Protektionismus - Nationalisierung - Planung

Protektionismus

Die Colbertschen Schutzzölle mögen den Verfechtern liberaler Theorien noch als Beleg dafür gelten, daß der Staat den Unternehmern die Protektion „aufgezwungen“ hat – insbesondere, wenn man die berühmte Formel des königlichen Kaufmanns Legendre betrachtet, die dieser angeblich im Gespräch mit Colbert geäußert hat: „Laissez faire, laissez aller, le monde va de lui-même“.

Spätestens im 19. Jahrhundert wird aber die symbiotische Verbindung von Staat und Wirtschaft in Frankreich deutlich. Die Ursprünge der französischen Arbeitgebervereinigungen liegen nicht zuletzt in ihrem Bestreben, sich als *pressure-group* zur Durchsetzung protektionistischer Maßnahmen zu organisieren; und dies trotz der vorherrschenden wirtschaftsliberalen Rhetorik (ein Vorgang, der nicht nur in Frankreich immer wieder Nachahmung gefunden hat). Eine 1846 gegründete Arbeitgebervereinigung trug den bezeichnenden Namen „Association pour la défense du travail national“ und die darin steckende ideologische Begründung für den Protektionismus ist auch fast eineinhalb Jahrhunderte später im wesentlichen die gleiche geblieben: Schutz nationaler Interessen und Sicherung von Arbeitsplätzen sind Argumente, denen sich weder gaullistische oder sozialistische Regierungen noch der „liberale“ Giscard d'Estaing zu entziehen vermochten.

Bei der Verfolgung protektionistischer Interessen kam es mitunter zu bizarren Konstellationen, die ganz und gar nicht mehr in das Bilderlehrbuch der liberalen Wirtschaftstheorie passen (und die möglicherweise auf die unterschwellige Angst der Franzosen vor dem Wettbewerbsgedanken zurückzuführen sind): Als 1860 Napoleon III. einen Vertrag mit England unterzeichnet, der beträchtliche Zollsenkungen zwischen den beiden Ländern vorsieht, lassen die Arbeitgeber, vor allem der Textilindustrie, ihre Arbeiter auf den Straßen aufmarschieren, um gegen den Vertrag und die drohende Vernichtung ihrer Arbeitsplätze zu protestieren. Diese Verbindung ist mittlerweile fast zum klassischen Schema

eines sozialen Kompromisses geworden, der Arbeitgeber und Gewerkschaften um das Thema Protektionismus vereint. Auf der politischen Ebene findet dieser Kompromiß seine Entsprechung in einer von französischen Ökonomen als „gaullo-communiste“ bezeichneten latenten politischen Kultur, in der sich Gaullisten und Kommunisten – wenn auch aus unterschiedlichen Interessen heraus – in der Verfolgung protektionistischer Tendenzen zusammenfinden. Fügt man ein weiteres Mosaik hinzu, werden diese – aus nichtfranzösischer Sicht – Ungereimtheiten noch größer. Ausgerechnet die Volksfrontregierung der Jahre 1936/37 liberalisierte den Außenhandel, weil der größte Teil der sozialistischen SFIO, damals die stärkste Regierungspartei, gegen den Protektionismus war.

Offener Protektionismus findet heute nur noch selten statt; dies ist angesichts der internationalen Verflechtungen der französischen Wirtschaft und der vertraglichen Bindungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft auch gar nicht möglich. Aber neben den von fast allen Ländern (auch der „freihändlerischen“ Bundesrepublik, was die Franzosen immer wieder kritisch anmerken) benutzten nicht-tarifären Instrumenten, wie Normen, Qualitätsstandards usw., werden in Frankreich auch immer wieder eindeutige protektionistische Maßnahmen ergriffen, wenn die „nationalen Interessen“ dies erfordern. Dies ist der Fall beim Automobilmarkt, wo seit Jahren der Anteil japanischer Wagen auf drei Prozent limitiert ist, und bei der zeitweisen Schließung der Grenzen für bestimmte Produkte (Wein aus Italien, Textilien aus Fernost). Auch bei der gegenwärtigen Debatte um die Wirtschaftspolitik der linken Regierung spielen protektionistische Argumente eine Rolle: Gegenüber der von der Regierung seit kurzem betriebenen Austeritätspolitik fordert etwa der linke Flügel der Sozialistischen Partei (PS) eine „sozialistische Wachstumspolitik“, die angesichts der Weigerung der anderen europäischen Regierungen, zu einer koordinierten Ankurbelung des Wachstums beizutragen, durch selektive protektionistische Maßnahmen abgesichert werden soll.

Nationalisierung

Beim Stichwort Nationalisierung ist die Ambivalenz zwischen Staat und Wirtschaft geringer, sind die Frontstellungen klarer – aber doch nicht so klar, wie es einem Nicht-Franzosen erscheinen mag. Natürlich widerspricht es der Logik kapitalistischen Unternehmertums, Verstaatlichungen zu akzeptieren. Aber andererseits spielt der Staat traditionsgemäß in der französischen Wirtschaft eine so bedeutende Rolle und ist ja schon immer direkt – mittels staatlicher Unternehmen – am Wirtschaftsleben beteiligt, daß es keineswegs paradox erscheinen muß, wenn nach den jüngsten Verstaatlichungen einige Spitzenmanager in ihren alten Positionen blieben, oder neu ernannte Führungskräfte der verstaatlichten

Unternehmen aus der Privatwirtschaft kamen. Schließlich ist bei der ganzen Diskussion zu berücksichtigen, daß die Nationalisierungsidee nicht ausschließlich in sozialistischem Denken wurzelt, sondern auch in links-bürgerlich republikanischen Kreisen beheimatet ist, und daß Verstaatlichungsmaßnahmen auch von bürgerlichen Kräften getragen wurden.

Der Ursprung der Nationalisierungsbewegung in Frankreich ist im Gefolge der Revolution von 1789 zu suchen, wobei schon am Beginn fast ebensoviel verschiedene Konzepte wie Verfechter der Nationalisierungsidee standen. Vom „Manifeste des Egaux“ 1797 über die Sozialutopisten Fourier und Blanqui bis hin zum ersten „Theoretiker“ der Nationalisierung, Constantin Pecqueur, der 1842 sein Hauptwerk veröffentlichte, zieht sich ein roter Faden konzeptioneller Debatten, die freilich noch sehr unpräzise waren und ohne praktische Bedeutung blieben. Dies änderte sich nach dem Ende der Pariser Kommune 1870 als die erstarkende organisierte Arbeiterbewegung die Nationalisierung zu ihrem Thema machte. Für die weitere Entwicklung vielleicht noch wichtiger war die Tatsache, daß nach dem gleichzeitig erfolgten Zusammenbruch des alten Kaiserreiches der Nationalisierungsgedanke sich auch zu einer „republikanischen Idee“ entwickelte: Die französischen Radikalen, die große linksliberale Partei der III. Republik, reagierten damit auf die monarchistische und antirepublikanische Haltung großer Teile des französischen Kapitals, die die junge Republik sabotierten.

Die Phase zwischen 1880 und 1914 ist reich an politischen und ideologischen Debatten, in denen Nationalisierung nicht nur zum konzeptionellen Begriff wird, sondern in der auch praktische Erfahrungen vor allem auf lokaler Ebene gesammelt werden (Produktions- und Konsumgenossenschaften, lokale Dienstleistungseinrichtungen). Allerdings entbrennt schon damals innerhalb der Linken der Streit um das richtige Nationalisierungskonzept, dessen Frontstellungen im wesentlichen bis heute unverändert sind. Ihre Pole lassen sich verkürzt und in deutschen Begriffen ausgedrückt mit „Verstaatlichung“ und „Vergesellschaftung“ bezeichnen: Ein Teil der Arbeiterbewegung forderte die Ausweitung der Staatstätigkeit im wirtschaftlichen Bereich, weil dadurch die Grundlagen für eine sozialistische Gesellschaft gelegt würden. Ein anderer Teil betrachtete den Staat als Instrument bürgerlicher Herrschaft und setzte deshalb auf die Selbstverwaltung von Unternehmen durch die Beschäftigten; Jean Jaurès, der Führer der französischen Sozialisten, formulierte im Zusammenhang mit der Forderung nach Nationalisierung der Bergwerke, „la mine aux mineurs“ sei besser als „la mine à la nation“.

Der I. Weltkrieg brachte mit der Beteiligung von sozialistischen und Gewerkschaftsführern an der Kriegswirtschaft einen weiteren Aufschwung der Nationalisierungsidee, der sich 1918 im Programm der mächtigen (damals noch nicht kommunistischen) CGT manifestierte:

Neben dem Achtstundentag und der Einrichtung eines Conseil Economique du Travail war die Nationalisierung der wichtigsten Wirtschaftssektoren eine der gewerkschaftlichen Hauptforderungen. Als deren Realisierung mit der Machtübernahme durch die Volksfront 1936 in greifbare Nähe zu rücken schien, geschah so gut wie gar nichts (außer der Verstaatlichung der Rüstungsindustrie): Ein weiteres Paradoxon im gar nicht so einfachen Verhältnis von Staat und Wirtschaft in Frankreich. Dabei war es weniger der Widerstand der an der Volksfront beteiligten (bürgerlichen) Radikalen, der weitgehende Nationalisierungsmaßnahmen verhinderte, als vielmehr der Streit innerhalb der Linken (zwischen Kommunisten und Sozialisten, aber auch innerhalb der Sozialisten selbst) über das richtige Nationalisierungskonzept und allgemein über die Rolle des Staates. Unter dem Strich brachte die Zwischenkriegszeit die Verstaatlichung großer Teile des Transportwesens (Air France, Eisenbahnen SNCF) sowie der Erdöl- und Rüstungsindustrie.

Der größte Teil des verstaatlichten Sektors war jedoch bis zur Regierungsübernahme der Linken 1981 ein Erbe der nach Ende des II. Weltkriegs von de Gaulle durchgeführten Nationalisierungsmaßnahmen (Elektrizität, Gas, Kohle, Atomenergie, Luftfahrt, Renault, ein Teil der Banken und Versicherungen). Diese beruhten auf dem Programm des „Conseil National de la Résistance“, dem zentralen Zusammenschluß der französischen Widerstandsbewegung, und verdankten ihre Durchsetzung einer weit über die Linke bis zu den Gaullisten und dem linkskatholischen MRP reichenden Verbreitung des Nationalisierungsgedankens. Nicht von ungefähr erscheint das „gemeinsame Regierungsprogramm“ von Sozialisten und Kommunisten aus dem Jahre 1972 ebenso als Fortsetzung dieser Tradition wie das Regierungsprogramm von Mitterrand 1981, in denen die programmatischen Grundlagen für die Verstaatlichungsmaßnahmen der Jahre 1981/1982 gelegt wurden.

Planung

Auch die Wirtschaftsplanung, in liberaler Sicht höchste Ausdrucksform sozialistischer Ökonomie, ist in Frankreich keineswegs die alleinige Domäne der Linken. Seit Kriegsende erlebte das Land unter wechselnden, aber meist „rechts“ dominierten Regierungen, acht Wirtschaftspläne. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß die Pläne in Frankreich lediglich indikativen, d.h. keinen zwingenden Charakter haben. Der Staat benutzt sie lediglich als Instrument der Lenkung einer „économie concertée“, die zwar dirigistischen Charakter besitzt, aber keineswegs mit planwirtschaftlichen Systemen im orthodoxen Sinne verwechselt werden darf.

Schon die Entstehung und Entwicklung des Planungsgedankens macht erneut jene Ambivalenz deutlich, die das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft in Frankreich charakterisiert, und der wir schon beim Thema Protektionismus und Nationalisierung begegnet sind. In den 20er und 30er Jahren wird diese Problematik erstmals ausführlicher innerhalb der Arbeiterbewegung diskutiert (und verdrängt z.T. die Debatte über Nationalisierungen), aber schon 1934 brechen auch über diesem Thema die Fronten innerhalb der Linken auf: Während die sozialistische SFIO den Gedanken an Wirtschaftsplanung zurückweist, weil nur ein totaler Bruch mit dem Kapitalismus, aber nicht staatliche Planung und Reformen innerhalb des bestehenden Systems die Gesellschaft verändern könne, akzeptiert die CGT das Prinzip der Planung. So sind letztlich – ähnlich wie bei der Nationalisierung – die eigentlichen Väter der „Planification à la Française“ weniger in theoretisch-wissenschaftlichen Debatten oder innerhalb der politischen Parteien zu finden, als vielmehr in den elitären Zirkeln hoher Staatsfunktionäre und z.T. auch in der Gewerkschaftsführung; und ebenso wie die Nationalisierungsmaßnahmen der Nachkriegszeit nahm die Idee einer „dirigistischen Wirtschaft“ vor allem in den Gremien und Organisationen der Résistance und der Libération konkrete Gestalt an. Daß beide Vorstellungen – Nationalisierung und Planung – dabei eng zusammenhängen, ist offensichtlich; staatliche Unternehmen stellen ein wesentliches Fundament der dirigistischen Wirtschaftspolitik dar. Das Erbe dieser aus dem Widerstand gegen die deutsche Besatzung und den Debatten über das zukünftige Frankreich geborenen Vorstellungen ist durchaus widersprüchlich, und hat Theorie und Praxis der französischen Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit wesentlich beeinflusst.

2. Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik

Ein Preisrätsel über die französische Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit könnte etwa folgendermaßen aussehen:

- In welchem Land Europas wurden nach dem Krieg trotz überwiegend (zu über zwei Drittel, gemessen an der Regierungsdauer) konservativ-liberaler Regierungen mehr als 26 000 Verordnungen zur Preiskontrolle oder -blockierung erlassen?
- Wo fand in einer sich als besonders „liberal“ gebenden Regierungsphase mit elitärer und „antiegalitärer“ Rhetorik eine bedeutsame Erhöhung des Staatsanteils an der Wirtschaft statt?

- In welchem europäischen Land hat eine ausgeprägt nationalistisch orientierte Regierung nach lang andauernder Machtausübung eine (von der Linken als beunruhigend bezeichnete) Abhängigkeit vom Ausland, insbesondere im Bereich der modernen Technologien hinterlassen?
- Wo hat sich eine rechte Opposition heftig gegen Verstaatlichungsmaßnahmen der linken Regierung gewandt, fordert aber für den Fall eines Machtwechsels keine Rückgängigmachung dieser Maßnahmen?

Die Liste solcher Fragen könnte beliebig fortgesetzt werden. Sie deuten die Besonderheit des französischen Wirtschaftssystems in Europa an, und lassen gleichzeitig ein Dilemma erkennen, das in anderen Ländern zwar auch nicht unbekannt, aber doch weniger ausgeprägt ist: Regiert die Rechte, so wendet sie manche „Ideen“ der Linken, wenn auch auf ihre Weise abgewandelt, an; ist die Linke an der Regierung, zwingen sie die „ökonomischen Realitäten“ zu Maßnahmen, die eigentlich dem wirtschaftspolitischen Repertoire der Rechten entstammen.

Die französische Rechte trägt fortwährend den ökonomischen Liberalismus wie einen Schutzschild vor sich her, verbirgt dahinter aber einen „etatistischen Pragmatismus“, der in anderen europäischen Ländern den ordnungspolitischen Notstand hervorrufen würde. Besonders frappierend ist in dieser Hinsicht die Regierungszeit von Giscard d'Estaing, die in die offiziellen Annalen der französischen Wirtschaftspolitik als extrem liberal eingegangen ist; ausländische Beobachter haben angesichts der antidirigistischen und marktwirtschaftlich orientierten Proklamationen seines Ministerpräsidenten Raymond Barre gar von einer „stillen Revolution“ gesprochen. Tatsächlich hat aber von 1973–1983 (grosso modo die Amtszeit Giscard's) der Staatsanteil an der Wirtschaft stärker zugenommen, als in den Jahren 1946–1973; er stieg in diesen 10 Jahren von 35,7 % auf rund 44 % des Brutto-Sozialprodukts. Gleichzeitig fand in dieser Phase trotz aller anti-egalitären, auf Leistung und elitäres Bewußtsein abhebenden Sonntagsreden eine Verbesserung der Arbeitslosenversicherung und eine reale Kaufkraftsteigerung der Löhne statt; eine bemerkenswerte Umkehrung so mancher, hierzulande wohl bekannter Verhaltensweisen. Allerdings zeigte die Wirtschaftspolitik Barres trotz des andauernden und sogar noch zunehmenden Staatsanteils doch auch Züge einer von der keynesianischen Nachfragepolitik sich abhebenden, eher angebotsorientierten Politik, die aber bei weitem nicht so spektakulär ausfiel, wie etwa in den USA oder in Großbritannien.

Ein weiteres gesellschaftspolitisches Modell der französischen Rechten, die „Neue Gesellschaft“ des ehemaligen (gaullistischen) Ministerpräsidenten Chaban-Delmas (1969–1972), liefert ebenfalls Anschauungsmaterial für eine, wenn auch völlig anders geartete, wirtschafts- und sozialpolitische Strategie von rechts: Angestrebt wurde die Modernisierung des französischen Kapitals über eine forcierte Industrialisierung und die

Integration der Arbeiterklasse in die Konsumgesellschaft. Zu den Beratern von Chaban-Delmas gehörte damals ein Mann, der heute einer der wichtigsten Pfeiler der Linksregierung ist: Jacques Delors, mächtiger Superminister für Wirtschaft und Finanzen im Kabinett Mauroy. Die Verästelungen der französischen Wirtschaftspolitik werden in der Person von Delors besonders deutlich sichtbar: Aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung und vom linken Gaullismus her kommend, versuchte Delors damals eine „linke“ Politik mit der regierenden Rechten durchzusetzen. Heute steht er im Mittelpunkt der Kritik von links, weil er in einer Linksregierung eine „rechte“ Politik maßgeblich mitgestaltet, in der viel von „rigueur“ (etwa: Härte, Strenge, Genauigkeit) und „austérité“, dafür aber kaum noch von den programmatischen Grundlagen der Linken, wie etwa der „autogestion“ (Selbstverwaltung), die Rede ist. Linke Kritiker der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik haben auch eine Erklärung für dieses neuerliche Paradoxon der französischen Politik parat und sie meinen damit auch begründen zu können, warum die Nationalisierungsmaßnahmen der Jahre 1981/1982 im Unterschied etwa zu denen von 1945 von den Betroffenen (den Kapitaleignern) nicht mit aller Macht bekämpft und von den Lohnabhängigen nicht als Sieg gefeiert wurden: Die Soziologen Michel Bauer und Elie Cohen führen dies (ausgerechnet in der PS-Zeitschrift „Nouvelle Revue Socialiste“) auf die seit Kriegsende zu beobachtende Entwicklung Frankreichs zu einer „société d'appareil“ (wörtlich: Gesellschaft der Apparate) zurück. Damit meinen sie eine Gesellschaft, in der die großen privaten wie öffentlichen Industriegruppen sowie die Verwaltung mittels eines „liberal-dirigistischen“ Systems die Wirtschaftspolitik bestimmen; der Staat verteilt seine diversen Zuwendungen an diese Gruppen in unterschiedlichem Maße, wobei aber weniger die wirtschaftspolitische Orientierung der jeweiligen Regierung, als vielmehr die langfristigen strategischen Interessen der einzelnen Gruppen maßgeblich sind. In dieser Optik ist denn auch klar, daß die Nationalisierungsmaßnahmen den Charakter des politisch-industriellen Systems kaum verändert haben.

In seltsamer Weise reflektiert diese linke Kritik die sonst zumeist von Konservativen vorgebrachten Einwände gegen die Macht „anonymer Apparate“ und „seelenloser Technokraten“, die als Schreckgespenst sozialistischer Herrschaft an die Wand gemalt werden. In Frankreich hat die Linke bei ihrer Regierungsübernahme 1981 solche oder zumindest ähnliche Strukturen von ihren konservativen und liberalen Vorgängern geerbt.

3. Die Linke, der Staat und die Wirtschaft

Wenn manchmal die „Macht der Technokraten“ als geradezu systemtypisch für Frankreich bezeichnet wird, so ist dies sicherlich bis zu einem gewissen Grad richtig, und auch aus der historischen Entwicklung des straff zentralistisch organisierten Nationalstaates zu begründen. Wie aber läßt sich erklären, daß ausgerechnet während der „liberalen“ Regentschaft Giscard's diese Macht sich zu einem wahren „Technokratismus“ ausweitete, während seit der Regierungsübernahme durch die Linke sich der Anteil derjenigen, die aus der Privatwirtschaft kommen, in den Führungszirkeln der Ministerien und den hohen Verwaltungspositionen erhöht hat?

Und werden diese beiden Feststellungen nicht durch die Tatsache konterkariert, daß nach Umfragen etwa 60 % der höheren Kader im öffentlichen Sektor für die Linke, aber 80 % der höheren Kader in der Privatwirtschaft für die Rechte optieren?

Die Widersprüche scheinen auch in diesem Fall größer zu sein, als es der Wirklichkeit entspricht. Die „Macht der Technokraten“ in Frankreich beruht auf dem System ihrer Rekrutierung und Formierung sowie auf dem starken Einfluß des Staates in allen Sphären der Gesellschaft, der wiederum durch die Aktivitäten der „Technokraten“ verstärkt wird. Dabei spielt es nur eine relativ geringfügige Rolle, ob rechte oder linke Regierungen an der Macht sind: Die Spitzenpositionen in Staatsverwaltungen und öffentlichen Unternehmen sind von Leuten besetzt, die in den rigorosen Ausleseverfahren der elitären „grandes écoles“ (Ecole Nationale d'Administration, Ecole Polytechnique, Institut d'Etudes Politiques usw.) bestanden haben, und die von der in diesen Institutionen herrschenden „Staatskultur“ geprägt sind. Der Begriff „Staatskultur“ bezeichnet dabei eine Haltung, die zwar einerseits stark loyalistische, dem „preußischen Beamtenethos“ nicht unähnliche Züge aufweist, gleichzeitig aber eine aufgeklärte und keineswegs apolitische Haltung beinhaltet, die direkten Einfluß auf die Gestaltung von Staat und Gesellschaft zu nehmen versucht. Ihr Ideal ist ein durch den lenkenden Staat gemilderter Liberalismus, der aus einem Gemisch keynesianischer Ideen und katholisch-progressiver Ethik die „Planification“ als Instrument zur Beherrschung der ökonomischen „Unordnung“ und zur Herstellung eines sozialen Konsensus entwickelt hat. Die der Linken inhärente stärkere Betonung der Staatsrolle hat in diesem Milieu ein natürliches Echo gefunden, vor allem nach dem die Sozialistische Partei sich stärker „modernistischen“ Ideen öffnete, und der Einfluß des marxistischen Gedankenguts zurückging.

So ist es denn kein Wunder, daß das soziale Profil der neuen sozialistischen Elite in den Führungspositionen von Staat (vor allem ministerielle Kabinette, den Leitungsgremien der Ministerien) und öffentlichen Unter-

nehmen mit dem einer klassischen Führungselite identisch ist, wie die französischen Sozialwissenschaftler Monique Dagnaud und Dominic Mehl in einer Untersuchung festgestellt haben, die unter dem Titel „L'élite rose“ erschienen ist. Dies entspricht auch dem Bild der PS als einer Partei, in der – neben den im Unterrichtswesen Beschäftigten – die mittleren und höheren Kader von Staat und Verwaltung einen im Vergleich zu ihrem Anteil in der Gesellschaft starken Einfluß ausüben. Diese neue technische Intelligenz, die „clerks“ der entwickelten Industriegesellschaft, beherrscht die Dossiers der Wirtschaftspolitik und bestimmt maßgeblich deren Orientierung, wengleich natürlich die Grundsatzentscheidungen auf der politischen Führungsebene getroffen werden.

Dabei hat die Linke in einer Situation die Macht übernommen, die es äußerst schwierig macht, programmatische Ansprüche und ökonomische Zwänge miteinander zu vereinbaren. Die Lage ist gekennzeichnet durch:

- eine Phase, in der (seit etwa 1974) Massenarbeitslosigkeit ein konstantes Phänomen darstellt;
- ein verlangsamtes Wachstum, das sozialen Fortschritt nur noch durch interne Redistribution erlaubt, (und nicht mehr wie in den 60er und frühen 70er Jahren durch hohe Wachstumsraten);
- die gleichzeitige Krise des Wohlfahrtsstaates, die zwei Komponenten besitzt: Eine finanzielle als Folge der Kluft zwischen Wirtschafts- und Sozialwachstum, und eine legitimatorische, die gekennzeichnet ist vom Zweifel am Sinn des Systems, aber zugleich eine quasi mechanistische Konzeption von Solidarität im Sinne der immer weiteren Ausbreitung wohlfahrtsstaatlicher „Segnungen“ beinhaltet;
- eine immer stärker „sozialcorporatistisch“ strukturierte Gesellschaft, in der sich die Frontlinien zwischen den großen gesellschaftlichen Gruppen zugunsten einer „Atomisierung“ in eine Vielzahl von Berufs- und Interessengruppen auflockern, mit dem Ergebnis, daß gesellschaftliche Privilegien verstärkt selektiv und exklusiv verteilt werden.

Der PS-nahe französische Ökonom Pierre Rosanvallon hat als Zusammenwirken dieser Faktoren die Entwicklung Frankreichs zu einer „société de mécontentement“ (Gesellschaft der Unzufriedenen) als reale Möglichkeit bezeichnet. Die zentrale Herausforderung für die Linke besteht in dieser Situation darin, sozialen Fortschritt auch unter den Bedingungen verlangsamten (oder gar stagnierenden) Wachstums zu ermöglichen, und gleichzeitig eine Austeritätspolitik durchzuführen, die sich nicht mehr am klassischen Schema rechts-links oder Reiche-Arbeiter orientiert, sondern die mittels eines „demokratischen Kompromisses“ zwischen Individuen, Klassen, Gruppen und Kategorien den neuen ge-

gesellschaftlichen Realitäten Rechnung trägt. Die bisherige Wirtschaftspolitik der Linksinregierung beurteilt Rosanvallon dabei äußerst kritisch: Nachdem ihre mit verlangsamtem Wachstum noch zu vereinbarende Reformstrategie ausgeschöpft sei, beschränke sich die Linke jetzt offensichtlich auf das „Verwalten“. Vorwürfe dieser Art werden nicht zuletzt durch die Wende in der linken Wirtschaftspolitik gespeist, wie sie insbesondere mit dem Sparprogramm (dem sogenannten 2. Delors-Plan) vom Frühjahr 1983 sichtbar wurde. Nach dem Machtwechsel 1981 war zunächst eine links-keynesianische Wachstumspolitik der Nachfragestimulierung betrieben worden, die jedoch angesichts der weltweiten Stagnation an außenwirtschaftliche Grenzen stieß. Aufgrund seiner internationalen Verflechtungen konnte Frankreich als isolierte Hochwachstumsinsel in einem Meer der neo-liberalen Restriktionspolitik (vor allem auch in den europäischen Nachbarländern) nicht überleben. Das stetig wachsende Außenhandelsdefizit, aber auch die Defizite im Staatshaushalt, vor allem in der Sozialversicherung, ließen die Regierung auf einen Kurs umschwenken, der von den Begriffen „rigueur“ und „austérité“ geprägt und für den der Name Jacques Delors zum Markenzeichen geworden ist. Um die inländische Nachfrage zu drosseln, griff man zu den klassischen Mitteln der Ausgabenkürzung und der Einnahmenerhöhung des Staates durch Steuern, Sonderabgaben und eine Zwangsanleihe. Ob diese Maßnahmen im gewünschten Sinne greifen werden, ist selbst unter Regierungsexperten umstritten; fest steht jedoch schon, daß sie mit einem beträchtlichen Anwachsen der Arbeitslosigkeit bezahlt werden müssen.

Damit aber geriet einer der wesentlichen Erfolge der bis dahin parallel zur Wachstumspolitik in vielen gesellschaftlichen Bereichen durchgeführten Reformpolitik in Gefahr. In der Tat konnte in den ersten beiden Jahren sozialistisch geführter Regierung ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert, gesellschaftliche Disparitäten abgebaut und weite Bereiche von Staat und Gesellschaft demokratisiert werden. Kernstück dieser Reformpolitik waren zweifellos die Nationalisierungsmaßnahmen, die etwa ein Dutzend großer Industriekonzerne, zwei Finanzholding-Gesellschaften und 39 Banken betrafen. Der Bankensektor wird nunmehr fast vollständig vom Staat kontrolliert, während sich gleichzeitig die Anteile der Staatsunternehmen in der Industrie z.B. bei der Beschäftigung auf über 22 % und bei den Investitionen sogar auf 53 % erhöhten. In der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Strategie der französischen Linken zielen diese Maßnahmen auf eine Wiederbelebung bzw. Verstärkung der Investitions- und Forschungstätigkeit ab, mit deren Hilfe die internationale Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs verbessert und die von den rechten Vorgängerregierungen hinterlassene externe Abhängigkeit im Bereich der modernen Technologien abgebaut werden soll. Darüberhinaus hat die Verstaatlichung dieser Schlüsselunternehmen und Banken die wirtschaftliche wie politische Autonomie der Regierung erhöht.

Die Verstaatlichungen haben auch auf einem weiteren Feld zu Ergebnissen beigetragen, die sich die Linksregierung nicht zu Unrecht als wesentlichen Erfolg ihrer gesellschaftspolitischen Reformstrategie anrechnet: Der Demokratisierung und Dezentralisierung. In den verstaatlichten Unternehmen sind im Verwaltungsrat jeweils Vertreter von Staat, Beschäftigten und Verbrauchern, Experten usw. repräsentiert; nach Verabschiedung des „Gesetzes über die Demokratisierung des nationalisierten Sektors“ werden die Belegschaftsvertreter direkt gewählt werden können. Damit ist das früher vorherrschende Schlagwort von der „autogestion“ zwar nicht eingelöst; aber ebenso wie bei der administrativen Dezentralisierung und der Demokratisierung der Planung durch Beteiligung der Sozialpartner und der sozialen Bewegungen an der nationalen Planungskommission sind durch diese Maßnahmen die rigiden zentralistischen Strukturen des französischen Staates beträchtlich aufgelockert worden. Daß ausgerechnet die „etatistische“ Linke dies ermöglicht hat, ist ein weiteres Paradoxon der französischen Politik, das aber bei genauerem Hinsehen doch nicht ganz so paradox ist, weil innerhalb der französischen Linken neben der „jakobinischen“, zentralstaatlichen Strömung schon immer eine starke „autonomistische“, auf „autogestion“ abzielende Tradition existiert.

B. Die demokratische Linke und die Krise

Sowohl die Sozialistische Partei Frankreichs wie auch die deutsche Sozialdemokratie umfassen ein breites Spektrum sozialer, politischer und ideologischer Gruppen und Richtungen. Teile der Mitgliedschaft stehen in der marxistischen Tradition, andere schließen sich einer alternativen Fundamentalkritik der kapitalistischen Industriegesellschaften an, die mehr auf den „Industrialismus“ als auf das „Kapitalverhältnis“ zielt. Ein großer Teil, dessen Einfluß sich in der Politik der SPD-Regierungen und auch der gegenwärtigen französischen Regierungspolitik geltend machte und macht, verfolgt eine gemäßigte, reformistische Linie, die einerseits das marktwirtschaftliche System erhalten, es andererseits durch staatliche Eingriffe sozialer und effizienter gestalten will.

Hinter dem „und“ zwischen „sozial“ und „effizient“ verbirgt sich jedoch eine wahre Schlangengrube von Problemen, die durch die Krise weit geöffnet wurde. Das Wachstumsmodell der „30 glorreichen Jahre“ (Fourestié) nach 1945 beruhte auf der Verträglichkeit, ja der positiven Rückkoppelung dieser beiden Qualitäten. Wachstum des Realeinkommens und Produktivitätszuwachs, öffentliche Investitionen, Versorgungs- und Sicherungssysteme und private Wirtschaft ergänzten und bedingten sich. Staatliche Ausgaben für Bildung und Gesundheit, für Forschung und Verkehr wurden als Investitionen angesehen, die sich letztlich auch im Unternehmenssektor als Produktivitätssteigerung und Wettbewerbsfähigkeit auszahlten. Die Sozialdemokratie brauchte im Rahmen dieses Wachstumsmodells nicht nur keinen Konflikt zwischen den Interessen ihrer Klientel, der Arbeiterschaft und den abhängig Beschäftigten, und denen der Industrie bzw. der Volkswirtschaft als Ganzem zu befürchten, sondern konnte sich sogar als Modernisierungsträger sehen, der durch den Abbau traditioneller Hemmnisse den Fortschritt erst so richtig in Fahrt brachte.

Die Krise zerriß die prästabilisierte Harmonie von „sozial“ und „effizient“. Keynesianische Konzepte der Nachfragestimulierung durch Umverteilung von hohem Einkommen (mit hoher Sparquote) zu niedrigen (mit hoher Konsumneigung) verliefen in Inflation und Stagnation. Der Sozialstaat mit seinen Steuern und Sozialabgaben wurde nicht mehr als Stabilisator einer rasch wachsenden Wirtschaft, sondern als Klotz am

Bein, als Anpassungshindernis angesehen. Lohnabbau, Einschränkung der Staatstätigkeit, Deregulation wurden als Wege aus der Krise gepredigt.

Der neue Trend im Gewand der ökonomischen Krise und des politischen Rechtsruckes erschütterte die demokratische Linke, vor allem die SPD, in ihrem Zentrum. Marxisten und Alternative hatten ohnehin Widersprüche zwischen „sozial“ und „effizient“ gesehen. Die Mitte jedoch, die von ihrer Vereinbarkeit lebte, mußte ein neues Konzept finden, eine „humane Wirtschaftspolitik“ als „sozialdemokratische Alternative“ (W. Roth) definieren.

Französische Sozialisten und deutsche Sozialdemokraten haben diese Krise unterschiedlich wahrgenommen und sehen sie auch jetzt noch unterschiedlich. Das liegt zum einen daran, daß der Einfluß des fundamentalkritischen Flügels (Marxisten, Alternative) verschieden groß, nämlich in der französischen PS stärker ist. Zum anderen liegt es an der unterschiedlichen politischen Geschichte der letzten Jahre und Jahrzehnte. Die SPD an der Macht war zu Kompromissen mit einem rechts von ihr stehenden und gerade in der Wirtschaftspolitik dediziert liberalen Koalitionspartner gezwungen. Die PS teilte mit den französischen Kommunisten lange Zeit ein „gemeinsames Programm“ und nach dem Wahlsieg – auch wenn aus einer Position deutlicher Überlegenheit – die Macht. Die politische Verantwortung und die Notwendigkeit zu Kompromissen führte im sozialdemokratischen Zentrum zu einer zunehmend technokratischen Sichtweise, sehr zum Verdruß des fundamentaloppositionellen Flügels. Doch auch der Wähler honorierte nicht den Versuch, die SPD als Wahrer der Effizienz zu präsentieren, wenn man die gleichzeitige soziale Verpflichtung als Hemmschuh ansah. Die PS ging dagegen mit einem stramm sozialen Programm an die Regierungsaufgabe, das auch der Fundamentalopposition gefallen konnte (Nationalisierung, Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung), aber obendrein vorgab, nicht nur die Effizienz nicht zu beeinträchtigen, sondern gar die „Wiedereroberung des Binnenmarktes“ zu ermöglichen. Die wirtschaftliche Entwicklung zerschlug all diese Hoffnungen. Das dominierende Zentrum um Mitterand, Mauroy, Delors wählte den technokratischen Weg des Austeritätsprogrammes, der „rigueur“, um der Krise zu begegnen.

So stehen sich heute die beiden Parteien ernüchert gegenüber. Eine „technokratische“ SPD sucht nach neuen Ideen, eine „ideologische“ PS versucht, eine technokratische Regierungspolitik zu formulieren. Nichtsdestotrotz kann von einer Konvergenz der Theorie und Praxis erst in Ansätzen die Rede sein. Analyse, Prognose und Therapie der Krise werden weiter sehr unterschiedlich gesehen; doch die Lernprozesse haben begonnen. Dies wird deutlich, wenn man die unterschiedlichen Positionen, aber auch die Gemeinsamkeiten der Ansichten zur Natur der Krise, zu den weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, zur Beschäftigungspolitik und zum Wohlfahrtsstaat betrachtet.

1. Krise ist nicht gleich Krise

Alle, nicht nur deutsche und französische Sozialisten, sind sich darüber einig, daß es eine Krise gibt. Aber, was eine Krise ist und was speziell den Charakter der gegenwärtigen Krise ausmacht, darüber besteht Unklarheit und Uneinigkeit. Dabei steht eine Krisenfolge sicher im Mittelpunkt aller Überlegungen der demokratischen Linken: die Arbeitslosigkeit. Eng damit verknüpft bleibt die Wachstumsschwäche und die Krise der Staatsfinanzen.

Aber was ist die Ursache der Krise? Ist es Markt- oder Politikversagen? Ist es eine globale Krise oder eine hausgemachte? Ist sie ein kurzer konjunktureller Abschwung oder eine strukturelle Krise des Wachstumsmodells, das die „30 glorreichen Jahre“ bestimmte?

Wie diese Fragen beantwortet werden, hängt nicht zuletzt von der Wahl des Paradigmas, des Theoriezusammenhanges ab, in dem sie gestellt werden. Die französischen Sozialisten orientieren sich immer noch stärker an der Marx'schen Denktradition. Der Stil der französischen Intelligenz neigt ohnehin zur Systematik, Einheit und formaler Eleganz und Klarheit. Die deutsche Sozialdemokratie dagegen folgt eher dem Hauptstrom des makroökonomischen Denkens und dem Keynesianismus.

Der Keynes'sche Ansatz spielt allerdings auch bei den Franzosen eine wichtige Rolle, die ihn gern mit marxistischen Theorien des verteilungsbedingten Nachfragemangels (Unterkonsumption) verbinden. Die Kritik an Keynes, die mit der konservativen Renaissance in Mode kam, hat die Bedeutung seiner Theorie auch bei der Sozialdemokratie nur wenig verringert. Die wirtschaftspolitische Argumentation der deutschen Opposition folgt ihm noch weitgehend. Wo dennoch von ihm abgerückt wird, tritt kein geschlossenes alternatives Erklärungsmodell an seine Stelle. Eher werden aus traditionellen ökonomischen Theorien klassischer Art verschiedene Thesen ausgewählt, die anscheinend auf die anstehenden Probleme zugeschnitten sind. Dieses „Durchwursteln“ wird dann noch wissenschaftstheoretisch mit Poppers kritischem Rationalismus legitimiert, der ohnehin dem „piece-meal-approach“ (Stückwerktechnologie), der Lösung von isolierten Sachfragen, größere Erfolgchancen einräumt als umfassenden Theorien der Systemveränderung.

Da verwundert es nicht, daß die Antworten der französischen und deutschen Linken so unterschiedlich ausfallen. Oft ist es der andere Ton, der die Musik so anders klingen läßt, aber in der Tendenz neigen die der PS nahestehenden Theoretiker dazu, die Krise als eine langfristige strukturelle zu sehen. Soweit sie sich auf Politikversagen gründet, liegt das daran, daß die staatliche Wirtschaftspolitik im Kapitalismus wenig an den autonomen Marktprozessen ändern kann. Ähnliches gilt auch für die räumliche Dimension der Krise: sie ist global, und Frankreich ist Teil dieser in der Krise befindlichen globalen Struktur, wobei sicher

richtig ist, daß die französische Wirtschaft weniger als die amerikanische, japanische oder deutsche in der Lage ist, sich solchen globalen Zwängen zu entziehen. Die deutschen dagegen sehen eher Politikversagen, das erkennbare Marktschwächen nicht kuriert oder kompensiert, obwohl dies grundsätzlich möglich gewesen wäre. Neben den konjunkturellen werden strukturelle Krisenfaktoren zwar gesehen, aber selten zu einem umfassenden Strukturwandel des ganzen Wachstumsmodelles integriert. Eher werden konjunkturelle Alternativen, etwa die Bedeutung von Angebots- oder Nachfrageschwächen, diskutiert. Zwar betonen gerade die deutschen Sozialdemokraten die internationale Dimension der Krise, aber Hand in Hand damit geht die Überzeugung, daß man dieser globalen Problematik durch internationale Koordination Herr werden könne.

Die Resultate der wirtschaftspolitischen Praxis beider Parteien an der Macht geben kaum Anlaß, der einen oder anderen theoretischen Position den Vorzug zu geben. Weder hat die Neigung der Franzosen, die Probleme der Krise analytisch elegant auf den Begriff zu bringen, machbare Lösungen erbracht, noch hat das deutsche Krisenmanagement verhindert, daß zentrale Ziele der Wirtschaftspolitik, besonders einer sozial (-demokratisch) orientierten Wirtschaftspolitik, deutlich verletzt wurden. Diese Kritik scheint nahezuzeigen, daß es sich lohnt, in beide Richtungen noch tiefer zu graben: eventuell geben die französischen Analysen Erklärungen, warum herkömmliche wirtschaftspolitische Konzepte, sowohl keynesianische als auch klassische, nicht mehr greifen. Umgekehrt nützen solche Theorien wenig, wenn auch von ihnen keine eigenen wirtschaftspolitischen Konsequenzen abzuleiten sind, die sich qualitativ von denen unterscheiden, die sich aus keynesianischen (PS-Politik bis 1982) oder klassischen Ansätzen (PS-Politik ab 1982) herleiten lassen.

Dabei wäre das Scheitern keynesianischer und klassischer Politik, wie es in den meisten OECD-Mitgliedsstaaten zu beobachten ist, durchaus erklärungsbedürftig. Der Ansatz, die gegenwärtige Krise als eine konjunkturelle Verschärfung der sich vertiefenden Krise des Wachstumsmodells der „30 glorreichen Jahre“ zu begreifen, könnte dazu beitragen.

Dieses Wachstumsmodell wird in der ökonomischen Debatte der französischen Linken als „intensive Akkumulation“, als „Fordismus“ bezeichnet. Es stützt sich auf

- rasche und hohe Produktivitätszuwächse durch Modernisierung der Produktion;
- eine dadurch mögliche parallele Steigerung von Profiten und Löhnen;
- ein Konsummodell, das die reallohngestützte Nachfrage vor allem auf eine Palette langlebiger Konsumgüter richtet, die hochproduktiv hergestellt werden.

Diese Produktivitätszuwächse erschöpfen sich, bedingt u.a. durch eine wachsende Belastung der natürlichen Ressourcenbasis und durch eine „Krise der Arbeit“ (= Absentismus, Streiks, hoher Personalumschlag). Die Verteilungsspielräume schwinden, wozu die rapide Ausdehnung der Staatstätigkeit und des Staatsanteiles ebenfalls beigetragen hat. Gleichzeitig stößt das Konsummodell an Sättigungsgrenzen, wenn sich der Versorgungsgrad der Bevölkerung der Industrieländer mit den wichtigsten langlebigen Konsumgütern der 100 %-Marke nähert und nur noch ein geringer Ersatzbedarf befriedigt werden muß und kann.

Neue Wachstumsmodelle sind theoretisch durchaus vorstellbar und vorgestellt (Michalet): sie reichen von Bell's „postindustrieller Gesellschaft“ bis zur radikaleren „neuen Gesellschaft“ („Ökosozialismus“). Bell's Modell oder damit verwandte Typen bauen auf eine neue Phase der Hochproduktivität, erreicht durch neue Technologien (Elektronik, Informationsverarbeitung, Biogenetik etc.), die Rohstoffe und Arbeit sparen und eine neue Arbeitsorganisation, die mehr Flexibilität und Partizipation erfordert. Die zweite setzt auf weiche Technologien, auf dezentrale Strukturen, auf Abschaffung der Arbeit als entfremdete (Rückführung der Arbeitsteilung, Autonomie) (Gorz), Verzicht auf das „Primat der Produktivität“ (Strasser/Traube). Zwischen beiden sind sicher Mischformen denkbar.

Der Übergang zu einem neuen Wachstumsmodell steht jedoch noch vor unüberwindlichen Widersprüchen, die gerade die Krise hervorrufen: das Huhn hat das Ei noch nicht gelegt, daher kann es auch nicht ausschlüpfen, wachsen und endlich das Ei legen. Die Einkommen können nicht rasch wachsen, da die Produktivität nicht wächst, die nur wachsen kann, wenn in neuen Industrien mit neuen Technologien massenhaft für ein neues Konsummodell produziert wird, das nur aus wachsenden Einkommen entstehen kann, wenn gleichzeitig genug Profite zur Investition in diese neuen Industrien anfallen. Traditionelle keynesianische und klassische Politiken verhindern entweder, daß das Huhn Eier legt, oder daß die Eier ausschlüpfen. Mal werden die Lohneinkommen reduziert, so daß die Nachfrageschwäche verhindert, daß große Investitionen in die Produktion für das neue Konsummodell gemacht werden, obwohl das Kapital dafür dank hoher Profite vorhanden wäre; mal werden die Einkommen geschaffen, aber die Erstellung des Angebotes rentiert sich nicht oder es fehlt das Kapital, da die – relativ zu hohe – Lohnquote eine ausreichende Kapitalbildung verhindert hat.

Schuldig bleiben die Theoretiker der Krise der „intensiven Akkumulation“ bzw. des „Fordismus“ allerdings, wie man nun dem Teufelskreis entrinnen kann. Da zwischen „Postindustriellen“ und „Ökosozialisten“ auch noch große Konflikte über die Entwicklungsrichtung bestehen, in die man aus dem Teufelskreis ausbrechen soll, bleibt alles erst einmal Stückwerk, bis sich gesellschaftliche Interessen für und gegen bestimmte Entwicklungslinien deutlicher artikuliert haben.

2. Die Weltwirtschaft als Ort der Krise

Von den Marxisten bis zu den Technokraten sind sich alle einig, daß die Krise ein internationales Phänomen ist. Wie immer das Verhältnis konjunktureller und struktureller Faktoren gesehen wird, offensichtlich gewinnen beide ihr Gewicht dadurch, daß sie global auftreten: der Ölshock wirkt auf alle ölimportierenden Länder, die internationale Synchronisierung des Abschwunges vertieft ihn und die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik eines jeden Landes sieht sich massiven Beschränkungen an seiner außenwirtschaftlichen Flanke gegenüber, die ihren Handlungsspielraum einengen.

Auch bei den deutschen und französischen Sozialisten herrscht der Eindruck vor, eher Opfer als Täter der Weltwirtschaftskrise zu sein. Während die Franzosen allerdings schon ihre westlichen Nachbarn zu den Tätern rechnen, sind für die Deutschen die Amerikaner die Schurken im Stück. Außenwirtschaftliche Hemmfaktoren werden gern zu den zentralen Krisenursachen hochstilisiert, nicht zuletzt, um von den eigenen Schwächen abzulenken. Doch ist in beiden Fällen ein kräftiges Korn Wahrheit: Die amerikanischen Haushaltsdefizite tragen zu dem hohen Niveau der US-Zinsen bei, auch wenn sie nicht deren einzige Ursache sind. Die hohen Zinsen locken das Kapital ins Land, das zur Finanzierung der Defizite im Budget und im Außenhandel nötig ist. Letztere werden durch den starken Dollar noch verstärkt, der die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Exporte vermindert. Das erhöht zwar die Wettbewerbsfähigkeit der Ausfuhren der Bundesrepublik (und anderer Länder), doch das hohe Binnenzinsniveau, das wegen der US-Zinsen und des starken Dollars nicht tief gesenkt werden kann, hemmt das heimische Wachstum. Beides führt letztlich zu einer weiteren Verschärfung der Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft: Soweit die Bundesrepublik als Opfer der USA.

Andererseits verschaffte Frankreichs reflatorische Politik der deutschen Exportindustrie den feinen bilateralen Außenhandelsüberschuß von ca. 38 Mrd. Franc allein im Jahr 1982. Die hohen Defizite und die skeptische Haltung der internationalen Finanzmärkte gegenüber dem PS-regierten Frankreich erzwangen Abwertung um Abwertung der französischen Währung. Schließlich sah sich die Regierung zur wirtschaftspolitischen Wende gezwungen: ein deflatorischer Austeritätskurs („rigueur“) soll die Importe reduzieren und den Franc stärken.

Manche sozialistischen Keynesianer fühlen sich dadurch in ihrer Ansicht bestärkt, daß eine nationale Beschäftigungspolitik erfolgreich nur bei gleichzeitiger partieller Abkoppelung vom Weltmarkt, d.h. zumindest ein gewisses Maß an Protektionismus und Kapitalverkehrskontrollen durchzuführen ist. Die Partner hätten dabei nicht einmal viel Grund, böse zu sein. Denn ob ihre Exporte nach Frankreich nun einem Auste-

ritätskurs oder protektionistischen Maßnahmen zum Opfer fallen, kann ihnen letztlich egal sein. Im ersten Fall bezahlen nur die Franzosen noch viel härter in Form von Wachstums- und Beschäftigungseinbußen. „Freihandel als Falle“ (so Lipietz und Messine in „Le Monde diplomatique“) ist eine Sichtweise, die den französischen Sozialisten von der realen Lage Frankreichs ebenso nahegelegt wird wie von einer französischen Denktradition, die in Colbert den Erfinder des Merkantilismus zu ihren Vätern zählen darf. Das Gefühl, zwischen den hochentwickeltesten industriellen Spitzenreitern USA, Japan und Bundesrepublik Deutschland auf der einen und den NICs auf der anderen Seite eingequetscht zu werden, ist in Frankreich ohnehin ausgeprägt, nicht nur bei der linken Mitte, sondern auch bei der rechten. Nur die Antworten auf die „grande menace industrielle“ (Stoffaës: die große industrielle Bedrohung), den „impératif mondial“ (Cotta) fallen unterschiedlich aus, bestehen aber immer in einer bewußten, letztlich staatlich-politischen Anstrengung, ihr zu begegnen.

Daß sich bei den Sozialisten die sonst dort näherliegende Option des Protektionismus bisher nicht durchsetzen konnte, zeigt, wie sehr auch hier nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Einbindung Frankreichs durchschlägt. Angst vor Retorsionsmaßnahmen der Handelspartner spielt dabei wohl eine geringere Rolle als der Druck, der innerhalb von EG und EWS ausgeübt wird. Sollte sich dieses Einschwenken aber nicht auszahlen, dürften die merkantilistischen Konzepte gezielter Wachstumsstrategien bei gleichzeitiger Entkoppelung sehr an Attraktivität gewinnen.

Für die deutsche Sozialdemokratie stellt sich die Lage anders dar. Die Zange von USA und Japan einerseits, NICs andererseits wurde zwar auch in der BRD gespürt und löste angesichts der hohen Zahlungsbilanzdefizite der Jahre 1979 bis 1981 eine besorgte Debatte über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft aus. Die entschiedene Ablehnung des Protektionismus verblieb dennoch ein Credo der Außenwirtschaftspolitik auch der SPD, eine Haltung, die nicht zuletzt die objektive Position eines Landes widerspiegelt, das ca. 30 % seines BSP exportiert und selbst in den schlechten Jahren 1979-81 immer noch deutliche Überschüsse in der Handelsbilanz erzielte.

Angesichts der geringen Fähigkeit und Neigung zu nationalen Alleingängen sprechen sich deutsche Sozialdemokraten (Schulmann) mehr für eine Weltwirtschaftspolitik aus, sei es von der keynesianischen Art à la Brandt-Kommission, sei es die technokratische Variante des Schmidt-schen Krisenmanagements, wie es der frühere Bundeskanzler zuletzt noch im März 1983 zugleich in fünf führenden internationalen Zeitschriften vertrat: Mehr Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken der großen Industrieländer, engere Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Zentralbanken und Finanzinstitutionen, Stärkung von Weltbank und IMF, ein stabileres Weltwährungssystem, mehr Entwicklungshilfe und weniger

Protektionismus, eine maßvoll expansive Politik in den Industrieländern, die es sich von der binnenwirtschaftlichen Situation, insbesondere einem Rückgang der Inflation her, leisten können; und all dies, um die offensichtlich divergierenden nationalen Interessen zusammenzubinden, unter einer wiedererstarkten amerikanischen Führung. In eine ähnliche Richtung geht die Initiative der 26 Ökonomen um das Institute for International Economics, die auch Karl Schiller einschloß.

Der Glaube an die prinzipielle Möglichkeit, durch international koordinierte Wirtschaftspolitik der Krise Herr zu werden oder zumindest gegensteuern zu können, entspringt nicht zuletzt der oben schon erwähnten Neigung, die Krise in nicht unerheblichem Maße auf Politikversagen und konjunkturelle Faktoren zurückzuführen. Dafür sprechen auch gewichtige Argumente, zumal, wenn man das Augenmerk auf die zyklischen Elemente richtet.

So weist etwa McKinnon nach, daß die deflatorisch-rezessiven und inflatorischen Phasen der Weltwirtschaft der 70er Jahre durch geldpolitisches Fehlverhalten insbesondere der Fed (Federal Reserve Bank), aber auch der europäischen Zentralbanken erklärbar sind. Eine restriktive US-Geldpolitik bremst die US-Konjunktur und erhöht den Außenwert des Dollars. Um eine zu starke Abwertung ihrer Währungen zu verhindern, verfolgen andere Zentralbanken (Japan, Bundesrepublik Deutschland) ebenfalls eine restriktive Politik, die die Kontraktionsprozesse verschärft. Umgekehrt reagieren die Zentralbanken bei einer Abwärtsbewegung des Dollars (wie Anfang und Mitte der 70er Jahre) mit expansiver Geldpolitik und erlauben so inflatorische Spielräume, die einerseits die Aufschwünge von 1972/73 und 1977/78 ermöglichten, andererseits auch die nötigen Preissteigerungsspielräume für die beiden Ölpreisschocks bereitstellten. Koordinierte Zentralbankpolitiken könnten solchen politikbedingten konjunkturellen „Ausrutschern“ vorbeugen.

Beim brisantesten Epiphänomen der Krise, der Verschuldung der Dritten Welt, sind sich die Sozialisten diesseits und jenseits des Rheines wieder einig: Der Lauf der Dinge kann nicht weiter dem Wildwuchs der Euromärkte überlassen werden. Die Entwicklungsländer müssen von ihren Schulden entlastet werden, und sei es nur, um den Druck auf die Kapitalmärkte der Industrieländer zu erleichtern. Die Wahl der politischen Maßnahmen reicht vom Schuldenerlaß (Hankel), Übernahme durch Fonds, die aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit gespeist werden (Strauss-Kahn), nationale Bankpolitiken und eine größere Rolle des BIZ und IMF (Schmidt), leichteren Zugang zu Mitteln des IWF und der Weltbank und verstärkte Entwicklungszusammenarbeit (Brandt II).

3. Nationale Beschäftigungspolitik

Wie immer man mit seiner außenwirtschaftlichen Flanke umgeht, ob man sie protektionistisch panzert, durch internationale Koordination freihält oder – worauf es meist hinausläuft – sie als Beschränkung akzeptiert und ein einzelstaatliches Suboptimum anstrebt, in jedem Fall eröffnet sich noch ein weites Feld wirtschaftspolitischer Optionen im Umgang mit der Krise, insbesondere mit der Arbeitslosigkeit.

Der französische Versuch, mittels keynesianischer Nachfragebelebung der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, scheiterte zwar außenwirtschaftlich, aber an der Beschäftigungsfront war er keineswegs erfolglos. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde durch die Regierungspolitik deutlich verlangsamt, insbesondere im Vergleich zu anderen OECD-Ländern, etwa der Bundesrepublik Deutschland. Parallel wurde die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 40 auf 39 Stunden gekürzt und der bezahlte Urlaub um eine Woche auf 5 Wochen verlängert. Das Rentenalter wurde für bestimmte Arbeitnehmergruppen auf 60 Jahre (statt vorher 65) herabgesetzt. Der Mindestlohn (SMIC) wurde angehoben. Sechs Industriegruppen und zahlreiche Banken wurden verstaatlicht.

Die öffentlichen Unternehmen spürten diese Kostenbelastungen (die Lohnstückkosten stiegen zweistellig) genauso wie der private Sektor. Der Fiskus muß 1983 ca. 60 Mrd. Franc an die nationalisierten Industrien zahlen. Die Krise der verstaatlichten Industrie trug auch zur Abberufung des Industrieministers Chevènement bei, unter dessen Regie die „Wiedereroberung des Binnenmarktes“ gelingen sollte. Ihm wurden Dirigismus und bürokratische Eingriffe vorgeworfen.

Die Grenzen einer sozialen Beschäftigungspolitik werden 1982/83 deutlich: soziale Maßnahmen schaden der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, wenn sie nicht durch drastische Abwertungen oder andere Politiken massiv flankiert werden. In jedem Falle erschweren sie die langfristige Modernisierung der Industrie(-struktur), die gerade Frankreich immer noch benötigt. Die diversen Flügel und Linien innerhalb der französischen Sozialisten haben auf diese Herausforderung unterschiedliche Antworten:

- die Regierung (Mitterrand, Mauroy, Delors) hat sich zunächst für ein Austeritätsprogramm entschieden, das in seiner Grundstruktur den Politiken der Regierungen Schmidt, Kohl oder Thatcher ähnelt, nämlich: Sonderabgabe (1 % des Bruttoeinkommens), Krankenhauspauschale, Zwangsanleihe, diverse Steuererhöhungen (z.B. Mineralöl), Sparpolitik. Dazu kommen protektionistische Maßnahmen im Kapitalverkehr, die z.T. auf Beschränkungen des Dienstleistungsimports hinauslaufen (Tourismus).

- Der CERES-Flügel fordert eine offensive Modernisierungsstrategie (eventuell mit protektionistischer Absicherung), die sich auf einen Kompromiß von Patronat (Arbeitgeber) und Gewerkschaften stützt.
- Die CFDT will vor allem die Arbeitslosigkeit bekämpfen: durch Umverteilung der Arbeit (35-Stunden-Woche), wobei die Reallohnsicherung geringere Priorität hat. Als Gegenleistung denkt sie eher an mehr Mitbestimmung. In der Industriepolitik teilt sie tendenziell die CERES-Position. Schließlich ist sie auch zu einer „selektiven Austeritätspolitik“ bereit, die die Sozialausgaben reduziert, ohne den sozialen Kern allzu sehr zu gefährden.

Die Konsequenzen der Regierungsstrategie sind noch nicht im einzelnen abzusehen: der Preisanstieg ging nur etwas zurück, die Industrieproduktion stagnierte nahezu, die Arbeitslosigkeit hat aber noch nicht stärker zugenommen im Gegensatz zur Zahl der Unternehmenszusammenbrüche, die im Juni 1983 doppelt so hoch lag wie im Februar. Das Handelsbilanzdefizit im ersten Halbjahr 1983 betrug nur noch 36,7 Mrd. Franc gegenüber 43,3 Mrd. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Kommunalwahlergebnisse und Meinungsumfragen lassen vermuten, daß die Bevölkerung mit diesem Resultat sozialistischer Politik nicht glücklich ist, ganz zu schweigen von den französischen Sozialisten selbst. Aber gibt es alternative Strategien? Wo haben Regierungen der demokratischen Linken erfolgreicher die Arbeitslosigkeit bekämpft? (Der folgende Passus stützt sich vor allem auf das Papier, das Fritz W. Scharpf in Paris präsentierte).

In der Bundesrepublik Deutschland sicherlich nicht. Die deutsche Arbeitslosenquote ist höher als die französische. Zwar hat die deutsche Industrie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Abwertung, Preisstabilität und Lohnverzicht der Arbeitnehmer weitgehend wiedergewonnen und auch die Zahlungsbilanz wieder mehr als ausgeglichen, aber Wachstum und Beschäftigung lassen sehr zu wünschen übrig. Selbst ein Wiederaufschwung der Produktion, der ohnehin nur als schwache Belebung erwartet wird, würde der Arbeitslosigkeit nicht abhelfen, die inzwischen zunehmend langfristig und technologisch bedingt ist. Die lange Phase geringer Investitionen hat den volkswirtschaftlichen Kapitalstock zu langsam wachsen lassen, die Förderpolitiken unterstützten eher noch eine Erhöhung der Kapitalintensität, während gleichzeitig die demographische Entwicklung das Arbeitsangebot vergrößerte. Die restriktive Geldpolitik der Bundesbank, die prioritär die Preisstabilität und den Außenwert der DM verteidigte, trug wesentlich dazu bei, über hohe Zinsen ein ungünstiges Investitionsklima zu schaffen, das zu einem mittelfristigen Abbau von Arbeitsplätzen führte. Auf diesem Hintergrund konnte die – auch nur kurzfristig expansive – Fiskalpolitik und die Lohnzurückhaltung keine Vollbeschäftigung herbeiführen. Auch die Arbeitsmarktpolitik vermochte den generellen Trend nur kosmetisch

zu korrigieren. Deutlich bessere Ergebnisse an der Beschäftigungsfront erzielten etwa Schweden und Österreich, mit allerdings sehr unterschiedlichen Strategien:

Schweden verfolgte eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die es erreichte, daß Schweden nahezu Vollbeschäftigung beibehielt, obwohl ein wachsender Teil der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt eintrat und die Wachstumsrate vergleichsweise niedrig ausfiel. Letzteres war nicht nur auf die allgemeine Krise, sondern auch auf wachstumshemmende Faktoren der schwedischen Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Diese erfolgreiche Beschäftigungspolitik absorbierte einen beachtlichen Anteil (10 %) des schwedischen Arbeitsangebotes, davon bis zu 4 % in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und ca. 6 % im Personalzuwachs des öffentlichen Sektors. Dazu tritt ein hoher Anteil an Teilzeitbeschäftigten. Wenn man bedenkt, daß alle Komponenten dieser Strategie letztlich das Einkommen der Arbeitnehmer reduzieren, muß die schwedische Strategie als eine solidarische, horizontale Ausgleichsstrategie der abhängig Beschäftigten bezeichnet werden.

Österreich erreichte eine ähnlich niedrige Arbeitslosigkeit durch eine Wachstumsstrategie, die vom Ansatz her der deutschen sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik näher war als der schwedischen, die aber ungleich erfolgreicher wirkte, zumindest beim Beschäftigungsziel, aber auch beim Wachstum. Dies gelang in Österreich durch eine expansive Fiskal- und Geldpolitik, gekoppelt mit einer zurückhaltenden Lohnpolitik. Das österreichische korporatistische Management (die berühmte „Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen“) erlaubte es Staat und Zentralbank, die im übrigen weniger Autonomie als die deutsche Bundesbank genießt, die Konjunktur anzukurbeln, ohne inflatorischen Druck von der Lohnseite her zu befürchten. Dies führte einerseits zu hohen Budget- und Zahlungsbilanzdefiziten (in diesem Punkt wie in Frankreich), andererseits verhinderte es einen Abbau des Kapitalstockes und damit des Arbeitsplatzangebotes, ja es erlaubte sogar eine Modernisierung, die Produktivität und internationale Wettbewerbsfähigkeit verbesserte.

Die unterschiedliche Performanz der einzelnen Länder angesichts ähnlicher externer Schocks spricht dafür, daß zumindest konjunkturelle Aspekte des Krisenverlaufes und der spezifischen Erscheinungsformen der Krise durch Politikversagen bzw. -erfolg erklärbar sind. Der unveränderbare strukturelle Kern der Krise mag darin bestehen, daß in keinem Land alle vier Ziele des magischen Viereckes plus ausgeglichene Staatsfinanzen gleichzeitig erreichbar waren. Doch möglicherweise kann die Politik noch wählen, welches Ziel sie möglichst einhalten und welches sie am ehesten verletzen möchte.

Sicher lassen sich auch manche Erfolge der politischen Krisensteuerung nur kurz- oder mittelfristig durchhalten. Langfristig kann wohl kein Land einer globalen und strukturellen Krise ausweichen, zumal kein großes.

Länder wie Schweden oder Österreich können alternative Beschäftigungspolitiken leichter außenwirtschaftlich absichern, da ihr Bedarf an Kapitalimporten weltwirtschaftlich gering oder ihre Exportpalette auf Marktnischen konzentriert ist. Größere Länder wie Frankreich und die Bundesrepublik haben es da schwerer, ohne daß deswegen die Politik aus der Verantwortung für eine strategische Entscheidung entlassen werden sollte, ob man höhere Zahlungsbilanzdefizite, höhere Staatsverschuldung oder höhere Arbeitslosigkeit vorzieht. Im Rahmen des außenwirtschaftlich und mittelfristig Machbaren wird diese Entscheidung vor allem durch politische und institutionelle Faktoren beeinflusst. Die Ankurbelung der Nachfrage durch die Öffentliche Hand („demand management“) erweist sich oft auch deshalb als wirkungslos oder gar schädlich, da sie am Markt zum falschen Zeitpunkt wirksam wird. Von der politischen Entscheidung etwa für ein Beschäftigungsprogramm über das Beschlußverfahren im Parlament bis hin zu den durchführenden Verwaltungen und deren tatsächlichen Ausgabenentscheidungen vergeht nämlich viel zu viel Zeit. In der Tat hat möglicherweise der Aufschwung unabhängig von aller Wirtschaftspolitik schon wieder begonnen, wenn die zusätzlichen staatlichen Aufträge den Markt erreichen. Die Politik wirkt dann prozyklisch und überhitzt die Konjunktur. Reagiert die Öffentliche Hand darauf, indem sie die Bremsen anzieht, ihre Nachfrage wieder einschränkt und die Zinsen erhöht, so fallen auch diese politischen Entscheidungen oft zu langsam und müssen sich mühselig durch den Verwaltungsapparat quälen, so daß die Konjunktur staatlich erst gedämpft wird, wenn sie ohnehin schon wieder die Talfahrt angetreten hat.

Zum keynesianischen Politikversagen gehört schließlich auch die Unfähigkeit staatlicher Haushalte, in Boomphasen Rücklagen zu bilden, die in der Rezession zur Ankurbelung der Wirtschaft verausgabt werden können. Hier können institutionelle Änderungen des Politikprozesses zumindest kleine Verbesserungen ermöglichen.

Darüber hinaus stellt sich für die demokratische Linke vor allem die Aufgabe, zunächst innerhalb der abhängig Beschäftigten die (politische) Bereitschaft für bestimmte Lösungen herzustellen und diese dann gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Wenn die schwedischen Arbeitnehmer bereit sind, eine durchschnittliche Abgabenlast von 50 % hinzunehmen – ohne daß der Steuerwiderstand prohibitive Formen annimmt –, dann liegt das wohl auch daran, daß sie sich der Tatsache relativ sicher sein können, daß damit in der Tat die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft wird und sie oder ihre Vertreter die Kontrolle über die dem Individualkonsum entzogenen Fonds haben. Ähnliches gilt für den österreichischen Korporatismus.

Die deutschen Gewerkschaften konnten bei weitem weniger damit rechnen, Lohnzurückhaltung mit Preisstabilität und Vollbeschäftigung honoriert zu bekommen. Ihre Politik führte daher de facto zu einer teilweisen Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitslosen und andere gesellschaftliche „Randgruppen“. Dabei stehen gerade im deutschen Fall einer

„klassischen Arbeitslosigkeit zweiten Grades“ (Giersch) oder „kapazitätsbedingten Arbeitslosigkeit“ (Scharpf) die abhängig Beschäftigten und ihre Organisationen vor dem Dilemma, ob und inwieweit sie sich durch Einkommensverzicht oder eine investive Verwendung ihres Einkommens an einer Vergrößerung des Produktivkapitalbestandes beteiligen, um Vollbeschäftigung zu erzielen. Die Gewerkschaften fordern dazu u.a. Wirtschafts- und Sozialräte, um die Mitbestimmung über die Unternehmensebene hinaus auf Sektoren und die gesamte Volkswirtschaft auszudehnen. In Frankreich argumentiert der Selbstverwaltungsflügel der Sozialisten („autogestion“) in eine ähnliche Richtung.

Aber ist die Krise der geeignete Zeitpunkt, diese tiefgreifenden Reformen durchzusetzen? Oder haben die Kapitaleigner in dieser Phase nicht zu viele alternative Optionen zur Verfügung, um sich auf diese Einschränkung ihrer Verfügungsgewalt einzulassen? Wie ließen sich die beiden Parteien dazu bringen, das Positivsummenspiel zugunsten der Arbeitslosen zu spielen, auch wenn es kurzfristige Nachteile impliziert?

Die Antwort muß wohl in neuen institutionellen Strukturen gesucht werden, die von der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand über Investivfonds nach schwedischem Muster bis zu veränderten Formen der Mitbestimmung reichen. Letztere könnten sich auf Betriebsebene ohnehin als notwendig erweisen, wenn ein neues Wachstumsmodell zum Durchbruch kommen soll. Es würde sich ja nicht mehr auf die Massenproduktion einfacher Konsumgüter herkömmlicher Art stützen, sondern auf die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, die an den spezifischen Bedürfnissen einzelner Kunden, Gruppen und lokaler Märkte orientiert sind. Dank der flexiblen Automatisierung und enormen Verbesserung der Kommunikationstechnologie können und müssen die Unternehmen anpassungsfähiger werden. Damit wird jedoch die klassische, auf Taylor begründete, industrielle Arbeitsorganisation obsolet. Die Robotisierung der einfachen Arbeiten und die Flexibilisierung der Produktion für kleine Serien und ihre schnelle Anpassung an Marktveränderungen erfordern mehr Dezentralisierung und Autonomie. Da die neue Arbeitsorganisation sehr viel mehr auf Motivation und Partizipation aufbauen muß, liegt es nahe, auch die Einkommensbestimmung dezentraler zu gestalten: jeder Beschäftigte (s)ein eigenes profit-center?

4. Wehe dem Wohlfahrtsstaat

In Frankreich wie in der Bundesrepublik Deutschland schätzen die traditionellen Arbeiterparteien den Wohlfahrtsstaat als ihre größte Errungenschaft. Entweder hatten sie ihn selbst aufgebaut oder ihr wachsendes politisches Gewicht hatte konservative und bürgerliche Regierungen zum Auf- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates gezwungen. Ausgerechnet das

Lieblingskind der demokratischen Linken ist nun unter Beschuß geraten, obendrein nicht nur seitens der alten Gegner, sondern auch durch diejenigen, für die er gedacht war: die „einfachen Leute“, die Steuerzahler, die Begünstigten. Die allseitige Kritik stützt sich auf viele Gründe, die unter den Bedingungen der Krise besonderes Gewicht bekommen:

- Zentral sind die Finanzierungsprobleme; die Krise hat das Steueraufkommen beeinträchtigt und zusätzliche Ausgaben für Arbeitslose und kranke Industrien notwendig gemacht.
- Die Last der Steuern und Abgaben verhindert den Aufschwung; sie stellen Kosten für die Unternehmen dar, die ihrer (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit abträglich sind und sie vor allem vor Neueinstellungen zurückschrecken lassen. So fördern die hohen Lohnnebenkosten die kapitalintensiven Faktorkombinationen. Auf der anderen Seite senken sie das verfügbare Einkommen der Lohnempfänger.
- Die Struktur der Staatsausgaben ist so verharzt, daß sie zur Konjunktursteuerung nicht mehr benutzt werden kann. Ständig anlaufende Folgekosten und die Verfestigung von Ansprüchen und Erwartungen schreiben Volumen, Struktur und Dynamik der Staatstätigkeit fest und führen – zumal in Zeiten sinkender Einnahmen – zur wachsenden Verschuldung.
- Statt die wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben zu lösen, verschärft die Staatstätigkeit die Probleme und/oder schafft neue, die eventuell durch weitere Eingriffe „behandelt“ werden müssen.

Die „sozial-etatistische“ Strategie, gesellschaftliche Probleme durch eine Ausdehnung des staatlichen Verwaltungshandelns zu lösen, die in den „30 glorreichen Jahren“ zu einem deutlichen Anstieg des Staatsanteiles am Bruttosozialprodukt geführt hat, stößt ebenfalls – wie das ihr zugrundeliegende Wachstumsmodell – an Systemgrenzen, die allerdings nicht „hart“ sind. Der Steuerwiderstand wächst, auch wenn das Beispiel etwa Schwedens zeigt, daß auch sehr hohe Steuerbelastungen noch nicht das System sprengen. Er drückt sich aber nicht nur im politischen Widerstand (vor allem in USA, aber auch in Europa), sondern im Wachstum der Schattenwirtschaft aus. Neben der Steuermoral sinkt die Moral bei der Nutzung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen (Mitnehmereffekte, Mißbrauch etc.). Andererseits erzeugen Kontrollen und bürokratische Verfahren bei den Betroffenen das Gefühl, verwaltet zu werden, statt als mündige Bürger ihre Ansprüche durchsetzen zu können.

Während die Konservativen – in Frankreich wie in Deutschland – versuchen, dem Problem durch Reprivatisierung, durch Rückverlagerung der Aufgabe an den Markt, an die Individuen beizukommen, schwankt die demokratische Linke zwischen einer Fortsetzung der „sozial-etatistischen“ Variante, eventuell in leicht reformierter Version, und einer radikalen Kritik durch „alternative“ Konzepte.

Von der anarchistischen Tradition des Sozialismus in den romanischen Ländern beeinflusst, hat die französische Arbeiterbewegung schon immer einen starken Selbstverwaltungsflügel aufgewiesen: le socialisme autogestionnaire. Seine Ziele lagen aber mehr im Unternehmensbereich, wo er einerseits Konzepten wie Mitbestimmung feindlich gegenüberstand, andererseits die Übernahme ganzer Betriebe durch die Beschäftigten (z.B. LIP) anstrebte. An diese Tradition können auch französische Wohlfahrtsstaatskritiker der Linken anknüpfen. Sie wollen letztlich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft neu ordnen, indem der Gesellschaft wieder eine größere Rolle zukommt. Unter Gesellschaft versteht aber etwa Rosanvallon („La crise de l'Etat-providence“) nicht den Markt und die Individuen, sondern die sozialen Bewegungen und Gruppen, Familien, Nachbarschaften. Die Solidarität, d.h. prosaisch: die sozialstaatlichen Leistungen, soll wieder an diese Gesellschaft zurückgegeben, von ihr wahrgenommen werden. Dezentralisation, Autonomisierung (A. Gorz), Vergesellschaftung sind seine Devisen zur Reform des Wohlfahrtsstaates.

Solche und weitergehende, radikalere Vorstellungen haben vor allem in der CFDT ihre politische Basis, die auch den „socialisme autogestionnaire“ gegen den Etatismus der kommunistischen CGT hochgehalten hat. In ihr werden unter dem Eindruck der Krise Konzepte zu einer selektiven Politik der Strenge („rigueur“) diskutiert. Diese „radikale Austeritätspolitik“ will z.B. das Gesundheitswesen mit seinen überproportionalen Kostensteigerungen und geringen Effizienz gerade für die ärmeren Patienten reformieren.

In Deutschland hegen bisher nur Minderheiten am linken Flügel der Sozialdemokratie ähnliche Gedanken. Ihre relative Einflußlosigkeit hat nicht zuletzt dazu geführt, daß sich diese kritische Strömung stärker bei den Alternativen/Grünen konzentriert. Aber deren spezifische Orientierung an autonomen, kleinen Einheiten, die – eventuell vernetzt – zwischen Markt und Staat jene Leistungen anbieten, die die beiden großen Systeme nicht oder schlecht produzieren, leidet an deutlichen Defiziten: sie hängt häufig von wohlfahrtsstaatlichen Transferleistungen ab (etwa Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung für die Mitarbeiter); sie ist, obwohl oft vom Konzept und der Rechtsform darauf angelegt, nicht marktfähig, d.h. ökonomisch nur lebensfähig durch die erwähnten Transfers oder durch Reduzierung der Einkommenserwartungen, die einer Selbstaubeutung gleichkommt; sie kann daher auch nicht die Steitigkeit in der Versorgung garantieren, die von sozialstaatlichen Leistungen erwartet wird.

Trotzdem können viele soziale Dienste in kleinen Einheiten menschlicher und (deshalb) effizienter geleistet werden. Auch innerhalb der Sozialdemokratie knüpft die „neoreformistische“ (Matzner) Strömung daran an, daß der Gesellschaft als autonomem Bereich jenseits von Markt und Staat mehr Raum gegeben werden soll – darin mit Rosanvallon einig.

Das setzt auch beim Staat eine Reorganisation der „Entscheidungsverhältnisse“ voraus, nämlich Reduktion direkter Intervention zugunsten von Eigenaktivitäten der Bürger bei Beibehaltung der Ziele des Wohlfahrtsstaates. Beibehalten wird ein reformiertes Wachstumsziel, nämlich als differenzierte Entwicklung statt genereller Expansion. Denn, auch wenn ökologische und soziale Grenzen des Wachstums respektiert werden, so verbleiben Bereiche des Mangels, in denen eine weitere Produktionsausweitung sinnvoll und notwendig ist. Einkommensstabilisierung (bei Krankheit, im Alter), vor allem für niedrigste Einkommen, muß ebenfalls weiter eine Aufgabe des Wohlfahrtsstaates sein. Schließlich sollte eine Koproduktion durch sozialstaatliche Institutionen und Betroffene das herkömmliche Leistungssystem ersetzen.

Weitere Entlastung für den unter Druck geratenen Wohlfahrtsstaat könnte eine Strategie des „Vorbeugen ist besser als heilen“ (Strasser) schaffen, die bei den Marktprozessen ansetzt, die erst (wohlfahrts-)staatliches Handeln notwendig gemacht haben: statt Arbeitslosenunterstützung Vollbeschäftigungspolitik, statt Krankenversorgung humanere Arbeits- und Lebensbedingungen, etc. Jene externen Effekte, die der private Sektor produziert und an deren Beseitigung er auch noch auf Kosten der Gesellschaft profitiert, blähen nämlich den Staat weiter auf, ohne wirklich wohlfahrtssteigernd zu wirken.

Im Zentrum der sozialdemokratischen Diskussion um den Wohlfahrtsstaat stehen aber kürzer greifende, technokratische Überlegungen zur Reform des Systems der steuerlichen Anreize, der Steuer-, Transfer- und Subventionspolitik. So könnte etwa eine stärkere Finanzierung der Öffentlichen Haushalte aus der Mehrwertsteuer statt aus der Lohn- und Einkommensteuer den Lohnkostendruck der Unternehmen und die negativen Folgen für die Beschäftigung sowie die Ausbreitung der Schwarzarbeit dämpfen. Nicht auszuschließen wäre dann allerdings eine vergrößerte Tauschökonomie. Eine Legalisierung der Schwarzarbeit (Hankel), verbunden mit flexibleren Arbeitszeitregelungen und daran angepaßten Steuer- und Sozialversicherungsgesetzen könnte sowohl den Arbeitsmarkt als auch die Staatsfinanzen entlasten. Schließlich sind auch auf der Verwendungsseite Maßnahmen in der Diskussion, um Mißbrauch und Mitnehmereffekte zu bekämpfen: Selbstbeteiligungsmodelle, die eigene Aktivitäten voraussetzen, wenn staatliche Leistungen nachgefragt werden; schärfere Kontrollen der Bedürftigkeit, um die knappen Mittel auf die wirklich Notleidenden zu konzentrieren.

Schluß

Die Chance der demokratischen Linken liegt letztlich darin, eine Übergangstrategie zu entwickeln, die aus der Krise heraus in ein neues, qualitatives Wachstumsmodell führt. Ohne eine solche erneuerte wirtschaftliche Basis werden auch alle Reformen den Wohlfahrtsstaat nicht retten können. Denn er braucht eine tragfähige Grundlage an Masseneinkommen, die auch verdient und produziert werden müssen.

Diese Einkommen werden aber wahrscheinlich zunehmend in einer „post-fordistischen“ Wirtschaft erzielt, die auf einer neuen industriellen Arbeitsorganisation aufbaut. Der Wechsel in der makro- und mikroökonomischen Struktur eröffnet den abhängig Beschäftigten neue Möglichkeiten an Autonomie und Partizipation, die die demokratische Linke bewußt nutzen muß. Dabei dürfen ihr ihre eigenen Traditionen nicht im Wege stehen. So wichtig es zum Schutz der Interessen der abhängig Beschäftigten ist, die Bastionen von Großorganisationen in Staat und Wirtschaft bürokratisch zu durchdringen und mitzuverwalten, so gefährlich wäre es, die alten Formen so zu verteidigen, daß die neuen in ihrer Entstehung behindert werden und sie ohne oder gegen die Organisationen der Arbeitenden das Licht der Welt erblicken.

Die Wirtschaftskrise als Krise des Fordismus ist schließlich auch eine Krise der fordistischen Definition des Lebenssinnes: immer produktiver (d.h. arbeitsintensiver, arbeitsteiliger) produzieren, um immer mehr zu konsumieren, ohne die Produktion und den Konsum kontrollieren zu können, da sie dem eigenen Zugriff durch bürokratische Großorganisationen entzogen sind. Dies gilt für den öffentlichen Konsum als staatlich vermitteltem, aber auch für einen privaten, der sich auf eine vorgegebene Angebotspalette von Gütern richten muß. Die Fremdbestimmung und Verwaltung des Lebens verträgt sich aber nicht mit dem wachsenden Lebensstandard. Die neuen Bedürfnisse offensiv zu organisieren und sie ohne sozial gefährlichen überstürzten Abbruch der alten Sicherungssysteme zu realisieren, darin liegt die Herausforderung.

Teilnehmer

- Amin, Samir
Nations Unies – Commission Economique pour l'Afrique, Dakar
- Audry, Colette
Déléguée Nationale Formation – PS
Membre du collectif – Direction ISER
- Charpin, Jean-Michel
Directeur de Cabinet – Secrétariat d'Etat chargé du Plan auprès
du Premier Ministre
- Chauvet, Jacques
Expert auprès du Président de la Commission Finances, Economie
de l'Assemblée Nationale
- Davril, Emmanuel
Secrétariat Etudes – PS
- Durand, Jacques
Membre du collectif – Direction ISER
- Dauderstädt, Michael
Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Frégosi, Renée
Directrice Adjointe ISER
- Gauron, André
Ministère des Affaires Sociales et de la Solidarité, Chargé de mission
au Commissariat Général au Plan
- Hankel, Wilhelm
Professor, Internationales Institut für Management und Verwal-
tung des Wissenschaftszentrums Berlin

- Lajoie, Thierry
Attaché Parlementaire – Ministère de l'Industrie et de la Recherche
- Lebas, Yves
Délégué Général auprès du Premier Secrétaire – PS
- Lipietz, Alain
CEPREMAP
- Lemette, Jean-François
Professeur à l'Université de Paris X
- Matzner, Egon
Professor, Technische Universität Wien
- Michalet, C. Albert
Professeur à l'Université de Paris X
- Mühlhaupt, Bernd
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB,
Düsseldorf
- Pronteau, Jean
Secrétaire National Etudes PS, Directeur ISER
- Satre-Buisson, Joël
Professeur
- Scharpf, Fritz W.
Direktor, Internationales Institut für Management und Verwaltung
des Wissenschaftszentrums Berlin
- Schulmann, Horst
Staatssekretär a.D., Bundesministerium der Finanzen, Bonn
- Strauss-Kahn, D.
Professeur à l'Université de Paris X
- Uri, Pierre
Economiste – Ancien membre du Conseil Economique et Social
- Veit, Winfried
Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Verstraete, Thierry
Secrétariat National Etudes PS,
Membre du collectif – Direction ISER

Vidil, Chantal
Secrétaire de rédaction à la Nouvelle Revue Socialiste

Irskens, H.
Professeur à l'Université de Paris XIII

NGG Verlag
Neue
Gesellschaft

Heinrich Müller-Godeffroy/Alfred Pfaller
Reinhard Rode/Helena Rytkönen

Der neue Protektionismus

Zur politischen Ökonomie von Handelsbeschränkungen gegenüber Fertigwarenexporten aus Entwicklungsländern

(Reihe Weltwirtschaft)
196 Seiten. Broschiert 22,- DM)
ISBN 3-87831-370-5

Während sich die westlichen Wirtschaftspolitiker immer wieder wortreich zum Freihandel bekennen, dringt der Protektionismus vor. Die Autoren dieser Studie zeigen am Beispiel der handelspolitischen Willensbildung in den USA und in der Bundesrepublik, daß in pluralistisch organisierten Gesellschaften unvermeidlich eine mehr oder weniger protektionistische Kompromißpolitik betrieben werden muß. Dabei werden Entwicklungsländer – als relativ schwache Teilnehmer an der handelspolitischen Auseinandersetzung – besonders häufig zu Zugeständnissen an schutzfordernde Interessengruppen der Industrieländer genötigt.

Jedoch würde angesichts der neueren weltwirtschaftlichen Entwicklung eine bloße Gegenüberstellung von ökonomisch wünschenswerter Handelsfreiheit einerseits und protektionistischer politischer Realität andererseits zu kurz greifen. Den veränderten internationalen Wettbewerbsverhältnissen ist die liberale Ordnungsvorstellung einer Betonung des freien Handels heute nicht mehr voll angemessen. Die zunehmende Produktionsverlagerung von Hochlohn- auf Niedriglohnstandorte kann zur Bedrohung für zentrale wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Interessen der westlichen Industrieländer werden.

Die Verfasser diskutieren mögliche nationale und internationale Strategien, diese Gefahr abzuwenden und gleichzeitig einem Zerfall der Welthandelsordnung entgegenzutreten. Sie schließen mit einem Plädoyer für multilaterale Koordinierung des industriellen Nord-Süd-Handels.